

Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR

Am 10. Dezember 1988 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Aus Anlaß des 40. Jahrestages dieses Ereignisses wird die "Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte" mit der Sammlung und Veröffentlichung konkreter Verletzungen der Menschenrechte in der DDR beginnen. Wir stützen uns hierbei auf die von der DDR anerkannte Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und auf die von der DDR ratifizierten UNO-Konventionen über zivile und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966.

Der Stand bei der Verwirklichung der Menschenrechte ist ein entscheidender Indikator für den Zustand einer Gesellschaft. Aus diesem Grunde ist die Information der Öffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen unerlässlich, auch um Ansatzpunkte für eine breite Diskussion über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und zu notwendigen Veränderungen zu markieren.

Wir rufen dazu auf, unser Anliegen in vielfältiger Weise zu unterstützen.

10. Dezember 1988

Kontaktadressen

- Berlin: Auf Grund der angespannten Situation kann keine Kontaktadresse angegeben werden. Informationen können aber in der Umwelt-Bibliothek (1058 Berlin, Griebenowstr. 16) abgegeben werden.
- Güstrow: Heiko Lietz 2600 Güstrow Trotsche Str. 11 Tel. 62271
- Halle: Katrin Eigenfeld 4020 Halle Marthastr. 12
- Jena: Peter Oberthür ~~6821~~ Dorndorf Bürgelsche Str. 10 Tel. Dorndorf 469
- Leipzig: Wolfgang Sarstedt 7050 Leipzig Elsastr. 12
Doreen Penno 7030 Leipzig Lößniger Str. 14
- Naumburg: Michael Kleim 4800 Naumburg Wilhelm-Pieck-Platz 11

Die folgenden Arbeitsschwerpunkte sind lückenhaft, da zur Zeit bestimmte Problemfelder wegen ihres Umfangs wahrscheinlich von uns noch nicht erschöpfend bearbeitet werden können. Dies bedeutet jedoch keine Einschränkung unserer Forderung nach der vollkommenen Garantie und Durchsetzung aller Menschenrechte. Ebenfalls fordern wir hiermit von der Regierung der DDR die Unterzeichnung und Ratifizierung des Fakultativprotokolles zu der Konvention über zivile und politische Rechte, in dem das Appellationsrecht eines einzelnen Bürgers bei internationalen Instanzen im Falle von Menschenrechtsverletzungen festgeschrieben ist.

Wir weisen darauf hin, daß wir keine Appellationsinstanz ersetzen können und wollen.

Wir hoffen, daß sich die Arbeitsschwerpunkte bald erweitern lassen, um die Menschenrechtssituation in der DDR möglichst umfassend zu dokumentieren.

Im Moment bezieht sich unsere Arbeit auf folgende Schwerpunkte:

- Verletzungen des Rechtes auf Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit, vor allem in Form von Sanktionen und Repressionen wegen der Inanspruchnahme dieses Rechtes.

- Verletzungen des Rechtes auf Freizügigkeit, vor allem in Form von Reiseverboten in das sozialistische Ausland, Einreiseverboten in die DDR und Aufenthaltsbeschränkungen, auf Grund von Verwaltungsentscheidungen oder als Sanktion wegen der Inanspruchnahme von Menschenrechten.

- Verletzungen des gleichen Rechtes auf Bildung, vor allem in Form von Bildungsverweigerung als Folge der Inanspruchnahme von Menschenrechten.

- Verletzungen der Rechte auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sowie des Rechtes auf Gründung von Organisationen, Vereinigungen und Gewerkschaften, ebenso des Rechtes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, vor allem in Form von Sanktionen und Repressionen wegen Inanspruchnahme dieser Rechte.

- Verletzungen des Rechtes auf Arbeit, vor allem in Form von faktischem Berufsverbot einschließlich vorsätzlicher Behinderungen.

- Nachweisbare, ungerechtfertigte oder unverhältnismäßige Angriffe auf die Würde der Persönlichkeit einschließlich des Eingriffes in die persönliche Sphäre von Seiten staatlicher Dienststellen.

Mitglieder der Initiative Frieden und Menschenrechte

Umwelt-Bibliothek der Zionskirchgemeinde (Berlin)

Mitglieder des Arbeitskreises solidarische Kirche Regionalgruppe
Thüringen

Arbeitsgruppe Menschenrechte (Leipzig)

Arbeitskreis Gerechtigkeit (Leipzig)

Mitglieder des Arbeitskreises solidarische Kirche Regionalgruppe
Leipzig

Mitglieder des Friedenskreises Naumburg

DDR, den 10. Dezember 1988